

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringenlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-spaltigen Zeilen mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 195.

Dresden, Sonnabend den 23. August 1913.

24. Jahrg.

Als Termin für die Reichstagsersatzwahl in Dresden-Knechtsteden ist der 10. Oktober bestimmt worden. Die Wählerlisten werden vom 8. September ab ausgelegt.

Die Regierung erklärt, daß die Wünsche über die beabsichtigte Aufhebung der Reichsmittelsteuer unrichtig sind.

Auf den Kaiserlichen Schießständen erschloß ein Wachtposten in der Dunkelheit einen Soldaten.

Die belgische Kammer nahm die Deckungsvorlage für die Secretreform gegen die Stimmen der Linken an.

Auf Sardinien wütheten furchtbare Waldbrände.

Im Schacht einer Goldgrube von Mysore (Indien) stürzte der Fahrstuhl in die Tiefe. 50 Personen sollen getödtet sein.

Kelheim.

Die deutsche Wissenschaft besitzt bisher keine Geschichte der Freiheitskriege, sondern sie hat nur Legenden hervorgebracht. Drei Grundrichtungen der Legendenbildung lassen sich unterscheiden: die byzantinische, die nationalistische, die radikale Legende. Die byzantinische dreht den Leierkasten: der König rief und alle kamen. Die nationalistische Auffassung läßt die deutschen Völker in einem gewaltigen Aufstand des Stammesgefühls und des Einheitsdranges die Fremdherrschaft abschütteln. Die radikale Darstellung endlich sieht in dem Kampf gegen Napoleon einen wirklichen Freiheitskrieg, der die innere Befreiung der Völker und von den eigenen Mächthabern zum Ziele hat und der mit der Verfolgung der durch die Botschaften der Fürsten gelodeten und betrogenen Freiheitskämpfer endet. Die byzantinische Legende ist abgetan, kein Forscher, der auf Reputation Wert legt, mag sie heute noch zu wiederholen. Die Freiheitskriege sind gegen den Willen der Fürsten geführt worden. Aber die Führung hatten doch nicht die Völker; darin irrt die nationalistische wie die radikale Auffassung. Die Führung hatte der alte Feudaladel. Die deutsche Einheit, die erstrebt werden sollte, war eine Auffassung Deutschlands durch die preussische Monarchie. Und von politischer Freiheit war nollends nie im Ernst die Rede. Es ist im Grunde niemand betrogen worden. Die leidenschaftliche und idealistische Jugend der Zeit, die sich opferte, verstand nur nicht Sinn und Richtung der Bewegung, in die sie hineingerissen war. Der heutige Erkenntnis aber, die Leben w i l l, ist die Bedeutung der Freiheitskriege durchaus klar. Weltpolitisch betrachtet ist der Sturz Napoleons der kapitalistisch industrielle Sieg Englands über das kontinentale Europa. Von der inneren Politik der Völker aus beurteilt sind die Freiheitskriege die siegreiche Konterrevolution gegen die Freiheit von 1789.

Wenn die Freiheitskriege jene Bedeutung gehabt hätten, die ihnen die nationalistische und radikale Legende andichtet, so wäre heute jene Fürstenschau unmöglich, die am 25. August das hille Kelheim in ein Heerlager von Monarchen, Prinzen, Offizieren, zahlungsfähigen Gassen (25 M. der Tribünenstühle), Politischen, Oberärzten und vielen vielen Spitzeln verwandelt. Das ist nicht sowohl die Gedenkfeyer eines Freiheitskampfes der Völker als vielmehr die Wiederholung jenes Wiener Kongresses, auf dem die Fürsten und die Adligen Europas um Länder und Völker feilschten und die Revolution zu Grabe trugen. Die byzantinische Legende wird in Kelheim mit all dem kostspieligen dekorativen Tand eines höfischen Prunkfestes aufgeführt, bei der sogar die spontanen Ausbrüche der monarchischen Guldbirnen des nichtvorhandenen Volkes in geheimen Dienstleistungen, die aber ein betrüblicher Betriebsunfall an die Öffentlichkeit brachte, sorgfältig eingekleidet sind. Was für eine angemessene Ehrung des Ansehens an einen Freiheitskrieg der Völker, wo für die erscheinenden Fürstlichkeiten keine größere Sorge betätigt wird, als sie peinlich und gründlich von allen Völkern abzusperren!

Freilich ein wenig geschichtliche Wahrheit können die Gäste der Kelheimer Befreiungshalle selbst bei dieser Gelegenheit lernen. Sie brauchen nur die germanischen Gedenkjungfrauen aus weißem Marmor zu zählen, die die deutschen Bundesstaaten darstellen. Hierunddreißig Stück waren es noch vor 50 Jahren, als der von der Revolution pensionierte König Ludwig I. von Bayern die Kelheimer Befreiungshalle weihte. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß selbst germanische Gedenkjungfrauen fallen können. Es sind heute ein paar Marmorjünglinge zu viel. Preußen hat dazwischen ja einige Monarchien von Gottes Gnaden geschluckt, und übrig geblieben sind lediglich die armen Marmorbuben in Kelheim, denen nur die Wirklichkeit fehlt, die sie symbolisieren. Die Monarchen von Hannover, Kurhessen und Nassau werden an diesem Montag nicht ihre deutsch-patriotischen Gefühle manifestieren können, und wenn die Vertreter der noch lebenden deutschen Fürstentümer jene Marmorjungfrauen mit geschichtlichen Blicken betrachten, so werden sie immerhin einiges Verständnis für die Wegeheiten von 1813/15 gewinnen. Damals kam Preußens Eroberungszug durch Deutschland ein großes Stück weiter.

Nur eines ist heute ebensowenig wie vor fünfzig Jahren zu begreifen, warum gerade in Bayern das Andenken an die Befreiungskriege so monumental gefeiert werden muß. Denn Bayern verdankt wie die anderen Rheinbundstaaten seine Be-

deutung Napoleon. Ihm schuldet es nicht nur seine territoriale Größe, sondern vor allem den Aufschwung zu einem modernen Staatswesen. Und der Sturz Napoleons führte für Bayern eine Verarmung des Landes und eine nicht mehr ausgeglichene Schwächung seiner Macht herbei. Und wie Bayern muß auch die Mehrzahl der anderen Fürsten, Sachsen vor allem, in Kelheim traurige Erinnerungen an ihre Niederlage von 1813 hegen.

Die einzige Rechtfertigung, die man für die Lokalisierung des Fürstentages in Bayern anführen kann, ist die bekannte unerhörte Teufelheit des ersten Ludwig. Aber leider ist auch sie nur eine, wenn auch lüthlich verstärkte Legende. Ludwig, der Sohn eines französischen Offiziers, das Vaterland Ludwigs XVI. von Frankreich, der schon als Zwillingseinzel ein reich dotiertes französisches Offizierspatent erhielt, war bis in die letzten Zeiten der napoleonischen Macht auch ein Anhänger des Korin und der überhöchlichste Verbündeter seiner Größe. Die Briefe, die der Kronprinz Ludwig an Napoleon richtete, sind demart napoleonisch verziert, daß sie kein bayrischer Historiker bisher auch nur zu erwähnen magt. Der Aufschwung trat ein, als Napoleons Stern sank, und als Preußen und Rußland drohten, mit den anderen Rheinbundstaaten auch Bayern aufzuteilen. Das war der eigentliche Plan des Fürstentages vom Stein. Er wurde durchkreuzt von Oesterreich, das sich im Sommer 1813 von Napoleon losgelöst, nicht nur, weil sein führender Staatsmann Metternich von England gestützt war, sondern vor allem, weil es durch seine Hilfeleistung für das besiegte Preußen verhindern wollte, daß bei dem demnach zu erwartenden Untergang Napoleons und seines Reiches Preußen übermächtig sich ausdehnte. Zu der Tat wurden die Freiheitskriege von den Fürsten viel weniger gegen Frankreich als gegen einander geführt. Bayern hatte sich in den Schutze Oesterreichs gesücht. Es hatte sich noch langem Jauern und Schwanken zu Lode geängstigt, erst unmittelbar vor der Schlacht bei Leipzig den Verbündeten angeschlossen. Und wenn der stromprinz Ludwig, entgegen der französischen Politik seines Vaters und des Ministers Montgelas, in der Tat bestig auf die Vöslösung von Frankreich drängte, so tat er das, weil er den Verlust des angekommenen Königreiches andernfalls fürchten mußte. Als Freiherr vom Stein infolge des österreichischen Machtgebots auf die Verpreußung ganz Deutschlands verzichtete, mußte er die Preußen wenigstens durch Abfertigung der Könige der Rheinbundstaaten und durch Beförderung der Kronprinzen eine sichere Gefolgschaft organisieren. Diese teils drohende, teils beruhigende Kronprinzenpolitik des preussischen Staatsmannes erklärt die Haltung Ludwigs, der übrigens in der Folgezeit nicht den mindesten Einfluß auf die Politik der bayrischen Regierung hat, und dessen Deutschland in demselben Maße zunahm, als er auf die erhoffte Königswürde warten mußte.

Die bayrische Regierung aber erkannte klar die Gefahr, die Bayern von Preußen drohte. Und die ganze Politik Bayerns war bisinfort darauf gerichtet, einerseits jede Minderung der eigenen Souveränität beim Zusammenstoß der deutschen Staaten zu verhindern, andererseits Preußen überhaupt aus dem deutschen Bunde auszuschließen. Es ging mit den gegen Napoleon verbündeten deutschen Staaten so wie in unseren Tagen mit den Balkanstaaten. Anfang 1815 war man auf dem Wiener Kongreß so weit gekommen, daß Oesterreich, England und Frankreich, im Verein mit Bayern, Hannover und Gessen, ein geheimes Bündnis gegen Preußen und Rußland schlossen. Und wenn es nicht zum Kriege zwischen den Verbündeten kam, so deshalb, weil die Rückkehr Napoleons von Elba die Fürsten wieder gegen den gemeinsamen Feind zusammenschloß. Damals war es, als Ernst Moriz Arndt in einer Schrift die revolutionäre Bedeutung des Preußentums fand, und wenn man in Kelheim den richtigen Patriotismus der Freiheitskriege empfinden will, so würde man die Zerkprüche mit den Sätzen des deutsch-preussischen Patrioten Arndt: „Laut und kühn wollen wir es sagen und verkünden, daß das Alte vergangen ist, und daß das Neue werden muß; laut und kühn wollen wir es sagen und verkünden, daß das Volk nicht da ist, damit Fürsten seien, sondern daß Fürsten nur da sind als Diener und Beamte des Volkes, und daß sie aufhören müssen, sobald das Volk ihrer nicht mehr bedarf, oder sobald sie sogar das Verderben dieses Volkes sind. Wer ist ein so unwürdiger Knecht und ein so schlechter Deutscher, daß er es jetzt noch wagt, zu behaupten, daß das deutsche Volk knechtisch, unglücklich, zerissen, bumm, von Eigenen unterdrückt und von Fremden verhöhnt ist und bleiben müsse, damit Kleinkönige von Bayern, Sachsen und Hannover, Großherzöge von Darmstadt und Baden und Herzöge von Mecklenburg und Nassau ihr elendes Fürstentum und unbeschränkte Willkür ferner treiben können?“

Aus dem Grafenlande.

Von unserem Korrespondenten.

th. Wien, 22. August.

Das Attentat auf den künftigen Kommissar Sterlecz und das Duell des Grafen Tisza mit dem Grafen Pallavicini sind an sich keine Ereignisse, wert, eine besondere Betrachtung zu verdienen. Herr v. Sterlecz ist mit einer harmlosen Hautwunde davongekommen und Graf Tisza

gar mit einem Pfälsterchen auf der Stirn. Allein beide Vorgänge sind jedoch in hohem Maße bezeichnend für die Zustände in dem Lande, dem sie entworfen. Der Attentäter, der auf Sterlecz schloß, hat freilich mit den Parteien Kroatiens keinen Zusammenhang. Er kam aus Amerika herüber, ein Jüdling dortiger Anarchistenkreise. Sein Wille war, Tisza zu treffen, allein diesen hat die Entlassung der Sache entkräftet.

Wohl darf man auch sagen, daß die kroatische Opposition von dem Attentat mit Unwillen vernahm. Sterlecz, der sonderbarerweise übrigens nicht einmal kroatisch versteht, ist augenscheinlich ein persönlich anständiger Mensch. Die nach Tiszaschen Erfahrungen in ihren Ansprüchen sehr bescheiden gewordenen Kroaten haben an ihm rühmend hervor, „daß er wenigstens nicht stöhle“. Allein er ist nur ein Werkzeug und hinter ihm wirkt die blinde Bosheit der ungarischen Aristokratie. Man darf wohl sagen, die kroatische Opposition ist dem neuen Kommissar mit sehr gemäßigten Forderungen entgegengetreten. Sie verlangt den Ausschluß der Gewalttätigkeiten bei den Wahlen, und erklärt, daß diejenige der kroatischen Parteien, die bei reinen Wahlen den Sieg davonträgt, nicht behindert sein soll, an der Regierung teilzunehmen. Als Voraussetzung für die Wiedereinführung verfassungsmäßiger Zustände bezeichnet sie: Aufhebung der Zensur, der Versammlungsverbote und Befreiung der verfassungswidrigen Radikalisierung des Wahlbetriebes. Die kroatische sozialdemokratische Partei hat bei ihren Forderungen solche sozialpolitischer Art — nach der Abschaffung des Despotismus — in den Vordergrund gestellt. Mühte bei solchem Entgegenkommen der Kommissar nicht eilig zuzugreifen, da ihn doch seine Bestimmungsurkunde auffordert, die Wiedereinführung verfassungsmäßiger Zustände anzubahnen? Doch über seinen Kopf weg greifen immer die Hände der Besten Gewalttäter in das Spiel. Es gibt in Kroatien eine Clique von Verrätern und gefauften Subjekten, die bei freien Wahlen keine hundert Wähler hinter sich hätten, die aber nun hoffen, noch einmal Wahlen nach Kluens Muster zu erleben. Sie waren es, die Briefe stehlen ließen, um zu beweisen, daß er, indem er die Versöhnung anbahnte, die ungarischen Interessen preisgab. Sie und ihre Besten Auftraggeber wollen den Frieden nicht. Und doch ist es höchste Zeit. Der Sturz im Lande wächst. Nur ein kleines und Dinge werden geschehen, die nichts gemein haben mit den harmlosen Schießereien eines aus Amerika herübergekommenen Schwärmers.

Wer aber soll die in den Briefen vernehmbar Stimme mit weiser Sorgfalt aufnehmen? Graf Tisza, der allwaltende, hat andre Sorgen. Seinen grafenmäßigen Vorstellungen ist es fremd, auf Volksbewegungen anders als mit Gebarmen zu antworten. Die Opposition der Kräfte läßt er niederknallen, mit der Opposition seiner Standesgenossen mißt er sich elegant und ungefährlich auf dem Fechtboden. Graf Pallavicini beschuldigt ihn, er habe beim Prozeß Lulacs-Dely die Zeugen zu beeinflussen gesucht. Tisza ruft nicht die Gerichte an, seinen Angreifer Lügen zu strafen. Er läßt ihn auf den Pankboden. Man vereinbart „die schwersten Bedingungen“: Schwere Säbel, nur um die Pulsadern der Hand und unter die Achseln binden. Man hat bei Pariser Fechtmeistern den Säbel führen gelernt. Der 60jährige Tisza und sein 60jähriger Gegenpart schlagen und wehren ab, daß es ein Vergnügen ist, zuzuschauen — ein wahres Reiteroffiziervergnügen. Doch ein höchst unblutiges. Neun Gänge, einige flache Diebe, nach jedem ein patetisches „Halt“ der Sekundanten, endlich nach dem neunten Gang eine kleine Rißwunde. Der schließlich erwartete Wustropfen ist sichtbar. Es langt nicht für eine Nacht, man muß sich mit einem Pfälster begnügen. Allein die Kräfte stellen die „Kampfunfähigkeit“ beider Helden fest, die sich nun verhöhnt unarmen. Und draußen vor dem Tore empfängt die Abgeordnetenschar grüßend ihren Ministerpräsidenten, der so trefflich Quartier schlägt. So wird im Land der Grafen bewiesen, daß der Chef der Regierung die Gerichte und die Zeugen nicht zur Ungeßlichkeit und Eibvergessenheit verleiten wollte.

Um Adrianopel.

Die Adrianopelfrage ist der Lösung noch immer so fern wie vor Wochen. Nach den neuesten Meldungen besteht die Aussicht einer direkten Verständigung zwischen der Türkei und Bulgarien, wobei die Türkei eventuell Rückfälle abtreten werde, während von Sofia aus alle diese Nachrichten für falsch erklärt werden; das bulgarische Kabinett bleibe unverbändert bei dem Standpunkt seiner letzten Note an die Mächte, deren Aufgabe es sei, die Türkei zur Räumung Adrianopels und zur Respektierung des Londoner Vertrages zu veranlassen. Bulgarien setze gleichzeitig die Demobilisierung fort; von einer militärischen Aktion gegen die Türkei könne keine Rede sein, was ohne weiteres zu glauben ist, da Bulgarien bis zur Kampfunfähigkeit geschwächt aus dem blutigen Balkanwirrwarr hervorgegangen ist. Und so dürfte sich denn der Streit um Adrianopel trotz aller Professionen der Mächte gegen die Türkei noch eine Weile in die Länge ziehen.